

Hofheim, 9. April 2019

Mehr Geld für die Seniorenberatungen

Kreis unterstützt kommunale Stellen mit 250.000 Euro – „Direkte Hilfe am Wohnort“

Die Städte und Gemeinden erhalten vom Main-Taunus-Kreis mehr Geld für die Beratung von Senioren. Wie Kreisbeigeordneter Johannes Baron mitteilt, werden die Kommunen vom Kreis im laufenden Jahr mit insgesamt 250.000 Euro unterstützt, das sind rund 100.000 Euro mehr als bisher. „Wir wollen die Beratung dort unterstützen, wo sie bei den Menschen ankommt: direkt in den Städten und Gemeinden“, sagte Baron bei einem Treffen der Seniorenberatungen im Landratsamt.

Seinen Angaben zufolge wird mit dem Kreiszuschuss ein Teil der Personalkosten der kommunalen Seniorenberatungen finanziert. „Der Main-Taunus-Kreis ist ein Platz für alle Generationen“, so der Sozialdezernent. „Verwurzelt sind die älteren Menschen aber in ihrer jeweiligen Kommune. Dort wird Hilfe und Beratung gebraucht, und dort wird sie angeboten.“

Baron zufolge wurde das Netz der Seniorenberatungsstellen seit 2016 flächendeckend ausgebaut. Jährlich laufen in den Beratungsstellen rund 13.000 Beratungen, die Anfragen kommen in fast der Hälfte der Fälle per Telefon. Schwerpunktthemen sind psychosoziale Beratung, Anfragen zur ambulanten Versorgung und zu Sozialleistungen.

Zum Informationsaustausch finden regelmäßige monatliche Treffen mit den kommunalen Seniorenberatungen statt. So würden in den Kommunen noch mehr hauswirtschaftliche Hilfen und Pflegekräfte in der ambulanten Pflege benötigt. Nötig sei auch mehr Personal in den Heimen. Derzeit könnten wegen Personalmangels nicht alle vorhandenen Plätze belegt werden. Außerdem brauchten viele ältere Leute Unterstützung beim Schriftverkehr und in Geldangelegenheiten, solange noch keine gesetzliche Betreuung greife.

Bei dem Treffen ging es auch um die Zusammenarbeit mit dem Pflegestützpunkt, den der Main-Taunus-Kreis im Landratsamt gemeinsam mit der Allgemeinen Ortskrankenkasse (AOK) Hessen betreibt. Er fungiert als Lotse zu vielfältigen Angeboten für Pflegebedürftige und deren Angehörige und berät zu Leistungen aus den sozialen Sicherungssystemen.